

Beschluss

der Fraktionsvorsitzendenkonferenz Bündnis 90/ Die Grünen am 11.12.2009 in Stuttgart

In die Zukunft investieren - statt Klientelpolitik zu Lasten der Menschen betreiben

Die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Bundesregierung trocknet die Handlungsfähigkeit der Länder und Kommunen aus. Sie ist ökonomisch unsinnig und sozial ungerecht. Das haben bereits die fünf Wirtschaftsweisen in ihrem Jahresgutachten als Beratergremium der Regierung in bemerkenswerter Klarheit konstatiert. Auch in der Anhörung zum sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz waren sich die Experten einig: Dieses Gesetz wird das Wachstum nicht beschleunigen. Wie soll eine Entlastung von Erben überhaupt einen Wachstumsimpuls haben? Es handelt sich um Klientelbefriedigung durch Steuergeschenke an Besserverdienende und Reiche – gepaart mit esoterischem Wachstumsglauben. Es ist ein längst widerlegter Irrglaube der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts, dass Steuersenkungen für Besserverdienende soviel Wachstum erzeugen, dass es am Ende zu einem Mehr an Steuereinnahmen kommt. Am Ende übersteigen die Steuerausfälle bei Weitem vermeintliche Wachstumsgewinne. Darunter werden insbesondere Länder und Kommunen leiden. Ihre Investitionsfähigkeit – und damit ein wichtiger Impuls für Wertschöpfung – wird so nachhaltig beschädigt.

Bündnis 90/Die Grünen werden das Abstimmungsverhalten der Landesregierungen am Interesse der einzelnen Länder messen und Rechenschaft darüber verlangen.

Die Fraktionsvorsitzenden aus Bund und Ländern von Bündnis 90/Die Grünen fordern die Landesregierungen auf:

- ⇒ Die Landesregierungen müssen sich bei der Abstimmung über das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat an den Interessen der Bundesländer und Kommunen orientieren und nicht an der Taktik der Parteizentralen von Union und FDP. Jeder einzelne Ministerpräsident, der den Steuerausfällen in Milliardenhöhe im Bundesrat seine Stimme gibt, wird zu verantworten haben, dass das Angebot vor Ort schlechter wird, seien es weniger Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher oder Polizistinnen und Polizisten, baufällige Schulen, geschlossene Bibliotheken und marode Schwimmbäder bzw. höhere Schulden oder Gebühren.

- ⇒ Die Landesregierungen dürfen sich die Zustimmung für dauerhafte Einnahmeausfälle der Länder und Kommunen nicht durch kurzfristige Kompensationsgeschäfte abkaufen lassen. Das wäre ein unseriöses Geschäft zum Schaden der Menschen und einer langfristig tragfähigen Finanzausstattung. Es wäre absurd, wenn die Zustimmung zu dieser falschen Politik in Geheimverhandlungen auch noch mit einem Kuhhandel erkaufte würde, der abermals zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geht.
- ⇒ Der Bundesrat muss dem Wachstumsbeschleunigungsirrsinn der Bundesregierung ein Ende bereiten - in einem transparenten und demokratischen Verfahren. Er darf nicht zulassen, dass einzelne Landesregierungen, insbesondere jene mit schwarz-gelber Mehrheit, ihre Position zu Lasten aller verbessern.

Angesichts der beispiellosen Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen sind 8,5 Mrd. Euro an Mindereinnahmen durch Steuergeschenke unverantwortlich. Erst recht wenn man bedenkt, dass die jährlichen Mindereinnahmen ab 2011 durch die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung auf gigantische 24 Mrd. Euro ansteigen würden. Denn schon jetzt ist klar: Die dringend notwendige Konsolidierung wird nicht möglich sein, wenn man die öffentlichen Kassen plündert. Es wird Steuererhöhungen geben, will man die öffentlichen Aufgaben nicht zu Lasten der Menschen massiv und in unverantwortlicher Weise kürzen. Bundeskanzlerin Merkel bricht also schon jetzt ihr zentrales Wahlversprechen, wonach es keine Steuergeschenke auf Pump geben sollte.

Es ist schäbig und unanständig, wie Union und FDP mit Kindergeld und Kinderfreibetrag umgehen. Spitzenverdienerinnen und Spitzenverdiener bekommen für Ihre Kinder 480 Euro mehr pro Jahr, Normalverdiener 240 Euro. Familien, die im Arbeitslosengeld-II-Bezug oder in der Sozialhilfe sind, gehen leer aus. Das betrifft 1,8 Millionen Kinder unter 15 Jahren. Wir meinen: Das ist sozial ungerecht und ökonomisch unvernünftig. Unvernünftig und überflüssig ist auch das milliardenschwere Steuergeschenk an die Hotellerie. Wo mehr Klarheit geschaffen werden sollte, wächst das Mehrwertsteuerchaos, die Bürokratie nimmt zu und für die Wirtschaft steigen die Hotelkosten bei Dienstreisen.

Das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz stellt einen massiven Angriff auf die Einnahmen von Ländern und Gemeinden dar. Die Ausplünderung der öffentlichen Haushalte gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft, denn es werden gerade den Gemeinden Mittel entzogen, die sie dringend für die zentralen Investitionen in Bildung, Betreuung, Klimaschutz und Gerechtigkeit brauchen.